

scheinlich auch weiterhin Dissens geben wird, einen Konsens hinbekommen und sich auch die CDU-Fraktion an unserem Landesaktionsplan gegen Gewalt beteiligen will, würde ich mich sehr darüber freuen. Denn es gibt viele Aufgaben, die wir in Nordrhein-Westfalen nicht allein lösen können. Zum Beispiel wäre die Frage, ob wir eine gesetzliche Finanzierungsregel für die Frauenhäuser bekommen, viel besser gemeinsam auf Bundesebene zu lösen. Ich freue mich sehr, wenn Sie uns dabei unterstützen. Denn wir können effizienter und effektiver sein, wenn wir geschlossen als gesamtes Parlament auf den Bund und die Bundesregierung an entsprechender Stelle Einfluss nehmen.

Ich möchte aber auch neben dem Gewaltschutz und der Integration von Frauen ins Berufsleben auf den dritten wesentlichen Bereich eingehen, den auch heute die eine oder andere Rednerin angesprochen hat, nämlich den Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie.

In Nordrhein-Westfalen ist es ein einmaliger Prozess, dass wir gemeinsam mit sämtlichen Akteurinnen und Akteuren, also mit denjenigen in NGOs, die seit Jahren die Arbeit machen und in der Vergangenheit immer wieder unter Nichtfinanzierung, Nichtbeachtung und Nichtakzeptanz gelitten haben, diesen Aktionsplan aufgestellt haben.

Ich würde mich freuen, wenn die Umsetzung wirklich gemeinsam geschieht, wie es eben angeklungen ist, wenn es in alle Kommunen heruntergebrochen und an allen Stellen durchgetragen wird. Denn wir wissen, dass die Homo- und Transphobie, die in Nordrhein-Westfalen nach wie vor besteht, nicht einfach nur durch einen Haushaltsansatz zu bekämpfen ist, sondern dass Menschen das wirklich aus Überzeugung vor Ort tragen müssen.

Ich freue mich sehr, Frau van Dinther, wenn Ihre Fraktion das auch mittragen würde. Dann können wir es schaffen, die Stimmung in Nordrhein-Westfalen zu verändern. Dann würde der Aktionsplan auch wirklich tragen. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Da zu diesem Teilbereich des Einzelplans keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratungen zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1215**, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von

CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **angenommen** ist. Damit ist der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beratung von

Einzelplan 09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Dieser Einzelplan ist in die Teilbereiche „Bauen und Wohnen“ sowie „Stadtentwicklung und Verkehr“ unterteilt.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1209 und eröffne die Beratung zum

Teilbereich Bauen und Wohnen

Ich erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Vosseem von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Klaus Vosseem (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Haushaltsjahr ist zu fünf Sechsteln vorbei. Damit haben die Beratungen der letzten beiden Tage – das ist bereits mehrfach gesagt worden – allenfalls noch historischen Charakter. Wichtige und notwendige Veränderungen an diesem Entwurf können überhaupt keine Wirkung mehr entfalten.

Lassen Sie mich gleichwohl einen grundsätzlicheren Blick auf die Bau- und Wohnraumpolitik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen werfen. Rot-Grün hat geradezu einen pathologischen Drang, alle Maßnahmen der CDU-geführten Vorgängerregierung rückgängig zu machen. Beim sozialen Wohnungsbau, sehr geehrter Herr Minister Groschek, hat Ihr Vorgänger im Amt den Rückfall in alte sozialdemokratische Förderpolitik organisiert. Er hat den Kahlschlag der Eigentumsförderung vollzogen. Statt 400 Millionen € im Jahr 2010 stehen im Haushalt 2012 nur noch 200 Millionen € für zinsgünstige Darlehen zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Genau richtig!)

Vor allem jungen Familien mit Kindern wird so der Bau und Erwerb der eigenen vier Wände erschwert.

(Beifall von der CDU)

Im Januar 2012 hat die Landesregierung dann noch ein weiteres überflüssiges Relikt aus der sozialistischen Mottenkiste hervorgeholt,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

die Kündigungssperrfristverordnung. Die CDU-geführte Vorgängerregierung hatte diese richtigerweise 2006 außer Kraft gesetzt, denn die Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen ist bundesgesetzlich im BGB geregelt. Deshalb gibt es in Nordrhein-Westfalen überhaupt keinen Grund für eine darüber hinausgehende Regelung. Die Kündigungssperrfrist wird nun in bestimmten Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf bis zu 8 Jahre ausgedehnt. Wer, meine sehr geehrten Damen und Herren, wagt es denn noch, unter solchen Bedingungen für die eigene Nutzung eine vermietete Wohnung oder ein Haus zu kaufen?

Viel sinnvoller wäre es, wenn Sie, Herr Minister Groschek, eine vernünftige Wohnraumförderpolitik vorlegen könnten. Allerdings lässt das, was man über ihre Planungen hört, Schlimmstes befürchten.

Ein weiteres Beispiel für die rückwärtsorientierte Politik der Minderheitsregierung war das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen. Mit diesem unsinnigen Gesetz wurden zwei schon überwunden geglaubte Instrumente wieder neu geregelt. Erstens das Zweckentfremdungsgebot und zweitens die striktere Regelung der Überlassung von öffentlich geförderten Mietwohnungen an Berechtigte.

Die damalige CDU/FDP-Regierung hatte diese Vorschriften bewusst aufgegeben, erstens um Bewegung in den Wohnungsmarkt zu bekommen und zweitens um der Verwahrlosung von Wohngebäuden in Zentrumsnähe entgegenzuwirken. Diese Wiedereinführung war nicht nur überflüssig, für die örtliche Wohnraumversorgung war sie sogar schädlich. Aber vielleicht werden Sie, Herr Minister Groschek, als neuer Ressortchef andere Akzente setzen. Die CDU würde das jedenfalls begrüßen; wir würden Sie dabei auch unterstützen.

Aber man würde dieser Landesregierung nicht gerecht, meine Damen und Herren, wenn man Ihre Wohnungs- und Baupolitik nur als rückwärtsgerichtet bezeichnen würde. Einen weiteren Kritikpunkt der Vergangenheit müssen Sie sich ebenfalls zu Herzen nehmen und die damit verbundenen Widersprüche endlich auflösen. Es sind für das Jahr 2012 wieder lediglich 850 Millionen € im Wohnraumförderungsprogramm vorgesehen.

SPD und Grüne – man erinnere sich – hatten sich als Oppositionsfraktionen sogar für eine gesetzliche Verankerung der Mindestfördersumme von 1 Milliarde € für die soziale Wohnraumförderung ausgesprochen. Unter der CDU-geführten Vorgängerregierung ist demgegenüber zuletzt deutlich über 1 Milliarde € in die Wohnraumförderung investiert worden.

(Jochen Ott [SPD]: Aber zulasten der Zukunft!)

Nun bleiben Sie ebenso wie die Minderheitsregierung weit hinter dieser Fördersumme zurück.

Was hier vorgelegt wird, ist erneut ein eklatanter Widerspruch zu früheren Forderungen von SPD und Grünen. Herr Minister, das ist Ihre Chance, neue Akzente zu setzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Breuer.

Reiner Breuer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Vossemer, bei den baupolitischen Nebelkerzen, die Sie hier geschmissen haben, hätten eigentlich die Rauchmelder angehen müssen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Rauchmelderpflicht kommt ja bald. Aber es wird sich bis dahin der Nebel verzogen haben, wenn ich hier noch einmal einiges geradegerade habe. Denn trotz schwieriger Haushaltslage sind wir handlungsfähig, und wir gestalten unsere Kommunen und Regionen. Wir haben keinen Stillstand trotz Schuldenbremse.

Wir gestalten unsere heimatlichen Regionen, die Städte und Gemeinden mit Augenmaß und mit dem Blick auf das Wesentliche. Wir stellen uns den sozialen Schief lagen, dem demografischen Wandel und dem Klimaschutz gleichermaßen. Dabei nutzen wir die Instrumente der Städtebauförderung und sichern trotz rückläufiger Bundesmittel 170 Projekte für eine nachhaltige, soziale und ökologische Entwicklung in unseren Kommunen.

In diesem Jahr werden immerhin über 100 Millionen € Eigenmittel vom Land Nordrhein-Westfalen aufgewendet, um mit Investitionen die kommunale Infrastruktur an den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wandel anzupassen. Dabei leistet die Städtebauförderung ein Vielfaches dessen, was sie kostet. 1 € Städtebauförderung führt bekanntermaßen zu etwa 8 € Investitionen. Die Städtebauförderung nimmt damit auch einen wichtigen Stellenwert für die Bauwirtschaft und das Handwerk vor Ort ein. Sie ist damit zugleich ein langjähriges und bewährtes Instrument zur Förderung der Baukonjunktur.

Besonders wichtig sind für uns die Programmteile „Soziale Stadt“ und „Stadumbau West“, die in NRW entwickelt wurden und bundesweit ein Erfolgsrezept zur sozialen Stabilisierung von Quartieren geworden sind.

Wir verstehen die soziale Stadt als eine umfassende Klammer einer vorsorgenden und nachhaltigen

Stadtentwicklung. Wir sind uns sicher, dass wir noch stärker darauf achten müssen, dass diese Förderung mit anderen geförderten Maßnahmen insbesondere im sozialen Wohnungsbau verknüpft wird.

Es muss noch stärker eine sozialräumliche Orientierung der Förderung von Maßnahmen stattfinden, und die Besonderheiten eines Quartiers und eines Stadtteiles müssen berücksichtigt werden.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir wollen das Ressortdenken aufbrechen und integrierte Planungsansätze umsetzen und in unsere Städtebaupolitik enger einbinden.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Dies machen wir auch schon in der sozialen Wohnraumförderung. Für dieses Jahr werden wir wieder 850 Millionen € bereitstellen. Es geht ja auch nicht um die Höhe der Summe, sondern um die Effizienz des Einsatzes der Mittel, lieber Herr Vossemer.

(Beifall von der SPD)

Sie haben in den vergangenen Jahren die Mittel fehlgeleitet. Das, was Sie an Eigentumsförderung geleistet haben, ist nicht effektiv, es ist eine verkappte Eigenheimzulage, die sie hier gegeben haben, ohne Steuerung und mit reinen Mitnahmeeffekten. Das wollten wir beenden und das haben wir beendet.

(Beifall von der SPD)

Wenn die Wohnungsbaumittel nicht sofort vollständig abfließen werden, liegt das sicherlich daran, dass wir eine Niedrigzinsphase haben, die auch noch fort dauern wird.

Zur Verunsicherung der Investoren trägt wahrscheinlich ebenfalls bei, dass die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung durch den Bund weiterhin nicht geklärt ist. Solange keine Einigung vorliegt, werden die Eigentümer zurückhaltend bleiben. Auch höhere technische Standards für die energetische Sanierung wirken sicher abschreckend.

Gleichwohl bleiben die Kommunen und die Wohnungswirtschaft besonders in der Verantwortung, sich der Frage des Mangels an bezahlbarem Wohnraum anzunehmen. Neben der ständigen Optimierung von Förderbestimmungen durch das Land müssen auch die Kommunen und die Wohnungsunternehmen sich der Gemeinschaftsaufgabe stellen, mehr bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten müssen daher auch die Kommunen Wohnbauflächen bereitstellen, sozialen Wohnungsbau von Investoren einfordern und vertraglich oder städtebaulich sichern.

Meine Damen und Herren, um preiswert und auch gut wohnen zu können, müssen wir nicht nur neuen Wohnraum schaffen, sondern auch der kommunalen

Wohnungsaufsicht das notwendige Rechtsinstrumentarium an die Hand geben, um dem Zerfall und der Vernachlässigung von bestehendem Wohnraum wirksam entgegenzutreten zu können. Dies machen wir über die Enquetekommission. Wir haben aber auch schon wirksame Initiativen auf Bundesebene ergriffen.

Die nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen und Regionen hat insbesondere durch die Bereitstellung von Zuschüssen und Darlehen aus Mitteln des Städtebaus und der Wohnraumförderung ein solides finanzpolitisches Fundament. Wir werden dieses Fundament erhalten und auf diesem Fundament unsere Politik mit Blick auf die knapper werdenden Mittel effektiver und wirksamer einsetzen müssen. Auch hier werden wir Prioritäten setzen.

Die Landesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 auch beim Fachbereich Bauen und Wohnen den richtigen Weg eingeschlagen. Die SPD-Fraktion wird diesen Weg mitgehen. Wir laden Sie herzlich ein, dies ebenfalls zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir sechs Anmerkungen.

Erstens. Herr Groschek, Sie haben einmal deutlich gesagt – dafür gebührt Ihnen mein Respekt –:

„Mein Ressort trägt zudem durch die Mittelabsenkungen in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2016 zu einem wesentlichen Teil zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung des Landes bei.“

Das ist ehrlich. Das verdient Respekt. Wer das so deutlich sagt, kommt unserer Zielrichtung, zu sparen – Stichwort: Senkung der Nettoneuverschuldung –, sehr nahe. Deswegen: Respekt, dass Sie das hier gesagt haben! Was richtig ist, ist richtig – unabhängig von der Farbe.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Zweitens. Wenn man allerdings einen reduzierten Haushalt hat, muss man sich natürlich über Umschichtungen Gedanken machen. Da haben wir sicherlich unterschiedliche Sichtweisen. Der Kollege Vossemer hat eben schon darauf hingewiesen, dass gerade bei der Wohnraumförderung unterschiedliche Ansätze bestehen. Die FDP hat zuletzt 1,1 Milliarden € für die Wohnraumförderung bereitgestellt. Dann kam von Ihnen, Herr Ott, der merkwürdige Zwischenruf: Aber zulasten der Zukunft! – Wer jetzt

bei sprudelnden Steuerquellen die Nettoneuverschuldung als gute Schulden bezeichnet und 1,1 Milliarden € Wohnraumförderung als „zulasten der Zukunft“ kritisiert, muss sich fragen, wie sein Wertegebäude aufgebaut ist.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Totaler Quatsch! Es ging doch um Eigenheimförderung! Das ist eine völlig unwirtschaftliche Fehlallokation!)

Als Nächstes müssen wir im Auge behalten, dass der Kollege von Grünberg sogar gefordert hat, die 1 Milliarde € gesetzlich festzuschreiben und sie gegebenenfalls mit Haushaltsmitteln aufzustocken. Das ist sicherlich eine Frage, über die man reden kann. Allerdings bezieht sich die Eigentumsförderung vor allen Dingen, wenn ich das richtig verstanden habe, auf kinderreiche Familien:

(Jochen Ott [SPD]: Zu Ihrer Zeit ja nicht!)

Eigentumswohnungen, Eigenheime und Genossenschaftsanteile.

(Jochen Ott [SPD]: Ohne Grenzen!)

– Herr Kollege, wenn Sie etwas erzählen wollen, gehen Sie zu Ihrem Friseur oder gucken Sie zu Hause in den Spiegel. Das ist da besser als hier.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Sie müssen sich schon mit den Fakten auseinandersetzen! Außerdem brauche ich keinen Friseur mehr!)

Drittens. Herr Groschek, wir könnten hier jetzt sagen, dass diese Eigenheim- und Eigentumsförderung auch eine soziale Komponente hat; denn wer in seiner Berufszeit Eigentum schafft – egal ob über Genossenschaftsanteile, Eigentumswohnungen oder Eigenheime –, lebt im Alter in der eigenen Wohnung. Für die Kommunen bedeutet das bei niedrigen Einkommen auch eine Entlastung; denn sie müssen dann gegebenenfalls nur Hilfe zum Lebensunterhalt und keine Mietkostenzuschüsse mehr zahlen.

(Beifall von Bernhard Schemmer [CDU])

Viertens. Ich sehe aber eine sehr große Gefahr darin, dass das Land auseinanderklafft. Sie konzentrieren sich derzeit – kurzfristig durchaus angemessen – auf den Bau von bezahlbaren Wohnungen in den Ballungsgebieten. Im Land sieht das ganz anders aus. In den ländlichen Regionen steht die Eigentumsfrage im Vordergrund. Das muss austariert werden. Unserer Überzeugung nach ist es bei Ihnen nicht hinreichend austariert.

(Beifall von der FDP)

Fünftens. Sie sprechen auch neue Finanzinvestoren bei Problemimmobilien an. – Ja, das ist ein Problem. Deswegen gibt es auch die Enquetekommission. Verwundert hat allerdings, dass Sie, ohne dass wir in der Enquetekommission einen abschließenden Bei-

trag zu diesen Überlegungen entworfen oder gar verabschiedet hätten, schon eine Bundesratsinitiative eingebracht haben, die darauf abzielt – was meiner Meinung nach vom Inhalt her durchaus vernünftig ist –, dass eine Kommune bei heruntergewirtschaftetem Wohnraum eventuell eine Abrissverfügung durchsetzen kann. Vom Inhalt her können wir gerne darüber reden. Dass Sie so vorgegangen sind, bevor wir in der Enquetekommission in dieser gemeinsamen Zielrichtung etwas gemacht haben, ist aber schade. Das war nicht in Ordnung.

Sechstens. Wir müssen natürlich auch fragen: Wer hat das Problem mitverursacht? – Ich erinnere mich noch gut daran, dass im alten Landtagsgebäude ein SPD-Fraktionsvorsitzender, Friedhelm Farthmann, in Bezug auf die Neue Heimat markante Punkte gesetzt hat, indem er das Verhalten der Neuen Heimat gerade bei solchen Problemimmobilien deutlich gebrandmarkt hat. Dann sind große Teile dieser Wohnungsbestände in kommunalen Besitz übergegangen. Die Kommunen haben sich um die dort vorhandenen Problemimmobilien nicht sehr gekümmert und waren froh, wenn sie sie abstoßen konnten – teilweise auch an ganz windige Unternehmen. Jetzt bitten diese Kommunen das Land um Hilfe beim Rückkauf dieser Immobilien.

Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist. Denjenigen, der das Ganze mitverursacht hat, sollen wir unterstützen, damit er es dann wieder übernimmt? – Dabei wollen wir nicht mitmachen. Das kann nicht richtig sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist auch nicht die richtige Sachdarstellung! – Jochen Ott [SPD]: Ich glaube, Sie haben es einfach nicht verstanden!)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang will ich noch Folgendes ansprechen: Vor gar nicht langer Zeit hat das Land Nordrhein-Westfalen die LEG verkauft und eine Sozialcharta durchgesetzt, die die Vorgängerregierung nicht durchsetzen konnte. Wie sind wir hier beschimpft worden bis zum Gehnichtmehr!

(Jochen Ott [SPD]: Das ist legendär!)

Ich glaube, wenn wir bei diesen Problemimmobilien diese Sozialcharta, die wir bei der LEG durchgesetzt haben, hätten und dort durchsetzen könnten, wären wir sehr viel weiter.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ich führe Sie mal durch die Siedlung, damit Sie wissen, worüber Sie reden!)

– Ein getroffener Hund bellt.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Ellerbrock, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Holger Ellerbrock (FDP): Danke schön.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist das Problem: Sie reden wie der Blinde von der Farbe!)

– Unter Tierschutzgesichtspunkten möchte ich das Bellen des Hundes auslaufen lassen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist schon eine ziemlich erstaunliche Debatte, muss ich sagen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum einen ist sie das deswegen, weil die Wohnungsbauförderung gar nicht im Landeshaushalt behandelt wird. – Aber gut, Schwamm drüber.

Ich will einmal feststellen, vor allem in Richtung der Herren, die sich hier über die Wohnungsbauförderungspolitik des Landes gerade so intensiv beklagt haben: Wir haben hier einen ausgesprochen ambitionierten Haushalt auf dem Tisch des Hauses liegen, und zwar aus folgendem Grund:

(Lachen von der CDU)

Auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung ist es besonders problematisch – Herr Schemmer, hören Sie ruhig mal zu; es geht jetzt um Ihren Herrn Ramses, wie Sie ihn immer so gerne nennen –, dass Ihr Herr Ramses, nämlich Minister Ramsauer im Bund, sich der Finanzierungsverantwortung für die Stadtentwicklung entzieht. Das tut er, das tut der Bund bereits seit zwei Haushalten. Dem müssen Sie sich einfach einmal stellen.

(Bernhard Schemmer [CDU] winkt ab.)

Er bedient sich nämlich eines ganz simplen Tricks. Wie macht man Haushaltskonsolidierung? – Man schiebt die Lasten einfach nach unten. Für die Städtebauförderung heißt das, das auf Bundesebene gekürzt wird, dass Ramsauer gekürzt hat. Das ist unter zwei grundlegenden Aspekten ein erhebliches Problem.

Erstens. Es handelt sich um ein hoch erfolgreiches Programm. Die Städtebauförderung ist eines der Erfolgsprojekte als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Wir brauchen das Programm auch. Es ist gerade der integrierte Ansatz in dem Programm, der seinen Erfolg ausmacht. Gerade da, wo es Stadtteilen schlecht geht, wo Stadtteile Probleme haben, wirkt dieses Programm. Das ist ein Grund, warum man es dringend kompensatorisch in Nord-

rhein-Westfalen braucht. Wir brauchen es insbesondere in Kommunen mit strukturellen Problemen, die problematische Stadtquartiere haben.

Der zweite Punkt ist die Tatsache, dass die Städtebauförderung ein wirtschaftliches Erfolgsprogramm ist. Jeder Euro, der in der Städtebauförderung ausgegeben wird, zahlt sich mit acht privaten Euro im Grunde genommen wieder zurück; denn jeder öffentliche Euro löst acht Euro privater Investitionen aus. Es ist ein Programm, das einen Selbstzahlungs- und Rückzahlungseffekt über die Steuereinnahmen hat, die dann wieder in die Kasse des Herrn Ramsauer gehen. Es ist also, ehrlich gesagt, eine haushaltspolitische Dummheit, ausgerechnet die Axt an die Städtebauförderung im Bund zu legen, und es ist vor allen Dingen eine volkswirtschaftliche Dummheit.

Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Es wird als Land gar nicht möglich sein, für alle Ewigkeit die Ausfälle an Bundesmitteln aus eigener Kraft zu stemmen. Der Konsolidierungsdruck in Nordrhein-Westfalen wird es nicht möglich machen, die Fehlentscheidungen auf Bundesebene auszubügeln.

Dann will ich einmal zur Wohnungsbauförderung kommen. Dazu wird hier von Ihnen ein ewiges Theaterstück aufgeführt,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

immer mit der gleichen Melodie und der gleichen Platte: Geben Sie mehr in die Wohnungsbauförderung, dann kann man mehr Eigenheime bauen, dann geht es Nordrhein-Westfalen besser! – Und dann lassen Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden verkünden, wir könnten nicht konsolidieren. Irgendwo muss man sich einmal entscheiden, meine Herren, finde ich.

(Beifall von der SPD)

Tatsächlich ist es so, dass Sie – das gehört zur Wahrheit auch dazu – die Wohnungsbauförderung überbucht haben und dafür gesorgt haben, dass die Förderung des Landes in Form zinsgünstiger Darlehen in Regionen geht, in denen Sie meinen, dass dort besonders viel Eigenheimbau notwendig sei. Wir haben die Korrektur dieser Fehlentwicklung eingeleitet, um das Wohnungsbauvermögen zu konsolidieren.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Das ist die ganze Wahrheit. Wir werden die Konsolidierung auch weitertragen und werden die Mittel auch politisch zielgerichtet einsetzen. Denn wenn es schon geringere Mittel in Nordrhein-Westfalen gibt – das ist so, wenn man sich auf den Weg der Haushaltskonsolidierung macht –, dann muss man auch dafür sorgen, dass das Geld an die richtigen Stellen kommt. Dann muss man es dahin geben, wo der Druck groß ist und wo Wohnungsbauförderung gebraucht wird. Und das ist dort, wo die Not der Mieterinnen und Mieter groß ist, nämlich in den hochver-

dichteten Ballungsräumen, in denen die Mieten durch die Decke gehen.

Jetzt kommen wir zu Herrn Ellerbrock und seinem schönen Märchen über die LEG-Sozialcharta.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Gerne!)

Es ist in der Tat eines der interessantesten Rührstücke, die hier aufgeführt wurden. Herr Ellerbrock, Sie sollten wissen, dass die LEG-Sozialcharta Rahmenbedingungen setzt, aber dass diese Rahmenbedingungen bei Weitem nicht über dem liegen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

was ansonsten bei vielen der Private-Equity-dominierten Wohnungsunternehmen üblich ist. In der Tat kann man nicht die Fehlentwicklungen durch Sozialcharten aufheben.

Sie sind jetzt ja auch Mitglied der Enquetekommission. Wir haben dort doch die ganze Misere auf dem Tisch liegen. Wir sehen doch, was sich in Nordrhein-Westfalen in den Stadtquartieren abspielt. Da muss man meines Erachtens noch einmal gemeinsam sorgfältig überlegen, was wir an Instrumenten brauchen,

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

um mit dieser Fehlentwicklung umzugehen. Wir werden sicherlich nicht den großen Schalter finden, den man umlegen kann, aber wir werden alle Rechtsinstrumente prüfen.

Von daher glaube ich, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir eine interessante Debatte vor uns haben, dass der Haushaltsplan insgesamt aber die Weichen für Nordrhein-Westfalen richtig stellt. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Piratenfraktion spricht der Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer hier und anderswo! Liebe Mediennutzer! Politik muss langfristige gesellschaftliche Entwicklungen rechtzeitig erkennen und den Wandel unterstützen und steuern. Wer protektionistisch handelt und Veränderungen ignoriert, verschläft die Wende.

Wir Piraten erkennen, dass sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse wandeln. Dabei wird die Teilhabe in allen Politikfeldern zum zentralen Thema. Teilhabe wird zukünftig eine höhere Priorität haben als Eigentum. Das betrifft zwar auch Patente und sogenanntes geistiges Eigentum, aber auch und vor allem eben die Felder dieses Einzelplans.

Wohnen und Mobilität sind Grundrechte und müssen bezahlbar sein. Ja, sozialer Wohnungsbau bzw.

soziale Wohnungssanierung und die Verbesserung des sozialen Bestandes sind wichtiger als Eigenheimförderung –

(Beifall von den PIRATEN)

Eigenheimförderung, die uns in der Vergangenheit nur Zersiedlung und ein Aufblähen der Infrastruktur gebracht hat.

Richtigerweise setzt die Regierung statt auf Eigenheimförderung eher auf sozialen Wohnungsbau. Auf Herrn Schemmer antwortete Herr Minister Groschek im Ausschuss zur Eigentumsförderung, es gäbe ja Riester. Ich weiß nicht, ob Sie sicher sind, dass das Eigentum eine sichere Altersvorsorge ist. Ich lasse das einmal im Raum stehen.

Fördermittel allein reichen aber noch nicht. Die Regierung möchte Prioritäten in angespannten Wohnungsmärkten setzen. Allerdings muss das Land dabei auch selbst Vorbild sein und bei seinen eigenen Liegenschaften vernünftige Quoten für sozialen Wohnungsbau fordern, wenn das möglich ist, und nicht 5 % wie bei der Ulmer Höh' in Düsseldorf.

Ich weiß, ich rutsche ein bisschen ins Kommunale ab. Ich habe heute gelesen, dass der FDP-Fraktionsvorsitzende – ich meine nicht Herrn Lindner, sondern den im Rat der Stadt Düsseldorf – mittlerweile auch eine Quote von 20 bis 25 % andenkt.

(Zuruf: Nein!)

Düsseldorf, die Problemstadt beim Abrufen der Fördermittel: Da liegen Anspruch und Wirklichkeit der Landesregierung auseinander. Die scharfe Kritik des Ministers an der Wohnungspolitik der Stadt Düsseldorf bleibt unglaubwürdig, wenn das bei eigenen Liegenschaften anders gehandhabt wird.

Zu oft zieht sich die Landesregierung vor der eigenen Verantwortung zurück, gibt allein der Bundesregierung die Schuld. Wir hatten eben schon gehört, zum Beispiel beim Programm „Soziale Stadt“: Das Programm Soziale Stadt wird getragen vom Bund und den Ländern. In der Praxis leitet das Land die Gelder des Bundes weiter. Der Bund hat nun die Mittel stark gekürzt. Die bisherigen Projekte waren allerdings im Schnitt sehr erfolgreich.

Zudem sind die Investitionen in solche Städtebauprojekte kein verlorenes Geld. Herr Breuer hat es bereits gesagt und Frau Schneckenburger auch: Je nach Berechnung löst 1 € an Städtebaufördermitteln bis zu 8 € an Investitionen aus.

Minister Groschek sieht das Programm „Soziale Stadt“ als Kernelement seiner vorsorgenden Politik bezüglich des demografischen Wandels, der Lebensqualität und so weiter. Er bezeichnet die Kürzung des Programms durch den Bund als unverantwortlich und gesellschaftspolitische Erbsünde.

Wir möchten den Minister in seiner und die Landesregierung in ihrer Arbeit unterstützen, indem wir die Aufstockung der Mittel durch Landesmittel auf zu-

mindest das Niveau von 2010 vorschlagen. Das Land muss selbst Verantwortung übernehmen, wenn es sich nicht auf den Bund verlassen kann.

Das gleiche Prinzip gilt auch für den „Stadtumbau West“. Auch hier zeigt sich die für die rot-grüne Regierung typische Kombination aus guten Absichten und fehlender Entschlossenheit. Auch hier haben wir beantragt, das Budget wieder auf den Stand von 2010 aufzustocken.

Übernehmen Sie Verantwortung. Wenn Sie jetzt mit dem Argument „zu teuer“ kommen, warten wir einmal ab, wie die Empfehlung der Enquetekommission in 2013 aussehen wird – nicht dass uns Nachsorge mal wieder mehr kostet als Vorsorge.

(Beifall von den PIRATEN)

Verfehlen Sie Ihr Ziel präventiver Politik nicht!

Wir Piraten erwarten von der Landesregierung die Umsetzung der im rot-grünen Koalitionsvertrag festgeschriebenen wohnungs- und sozialpolitischen Ziele. Wir stellen fest, die Ziele des Koalitionsvertrages sind eine schöne Absichtserklärung. Diese schöne Absichtserklärung zeigt sich nicht immer in den Handlungen der Regierung. Sie zeigt sich auch nicht in dem hier vorliegenden Haushalt. In Bezug auf die eigene Unterlassung versteckt sich die Regierung hinter den Fehlern der Bundespolitik.

Unter den Aspekten werden wir dem Einzelplan nicht ohne unsere vorgeschlagenen Änderungen – auch wenn es nur wenige sind angesichts dessen, dass es schon so spät im Jahr ist – zustimmen können. Wir werden den Einzelplan ablehnen. Das zumindest ist meine Empfehlung an die Fraktion. Vielleicht möchten Sie allerdings doch noch das Programm „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ ein bisschen aufstocken. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung erhält nun das Wort Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich beginne mit Ihnen, Herr Bayer. Ja, ich möchte – ich möchte noch viel mehr als Sie qua Antrag vorschlagen, aber so ist das. In Zeiten der Schuldenbremse muss man sehen, was praktisch möglich und realisierbar ist. Deshalb habe ich sehr wohl einen eigenen landespolitischen Gestaltungsanspruch, den wir auch Haushalt für Haushalt intensiver ablesbar machen.

Bei diesem Haushalt war das leider im Wesentlichen noch nicht möglich, weil die Einbringung des Haushaltes – auch des 09er-Haushaltes – quasi

schon seine Vollzugsmeldung war. Grund dafür war die Neuwahl. Die wiederum ist ja hier im Haus unterschiedlich glücklich oder unglücklich aufgenommen worden – in Ihrem Fall wahrscheinlich mit hohem Glück, Herr Kollege Bayer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt zur Frage Teilhabe und Wohnen. – Ja, Sie haben recht: Teilhabe ist wichtiger als Eigentum, wird tendenziell wichtiger. Wir kommen gleich beim Verkehr darauf zu sprechen.

Ich finde einen Hinweis ganz wichtig. Hier muss eine breite Mehrheit davon überzeugt sein, dass Wohnen ein soziales Grundrecht ist und bleibt und dass Wohnen nicht zur Ware verkommen darf, erst recht nicht zur Ramschware.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist meine felsenfeste Überzeugung, die sich auch dem Koalitionsvertrag entnehmen lässt.

„Soziale Stadt“ ist für mich mehr als ein Programmausschnitt. „Soziale Stadt“ ist für mich die auch geistige Fortsetzung des europäischen Stadtideals, im Grunde der Kern unserer Struktur-, Bevölkerungs- und Kulturgeschichte in Europa. Ich glaube, dass sich „Soziale Stadt“ auch ausdrückt in einer aufgeklärten Stadt von mündigen Bürgern. In einer solchen Stadt darf es keine Stadtmauern geben. Da muss Platz sein für Reiche und Arme, für hier Geborene und Zugezogene. Ghettoisierung – weder im Elend noch im Luxus – kommt als Perspektive der „Sozialen Stadt“ nicht infrage. Da sind wir ganz nah beieinander.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Jetzt möchte ich mit Ihnen beginnen, Herr Vousem. Eigentlich hatten wir sehr gute Diskussionsansätze. – Wo ist er gerade? Ich sehe ihn nicht.

(Jochen Ott [SPD]: Er schwänzt!)

– Ach so. Ich glaube wirklich, dass es eine Reihe von Ansatzpunkten gibt, bei denen Sie im Grunde bei sich selbst und ihren Diskussionsbeiträgen im Ausschuss bleiben können und sollten und nicht in eine Rhetorik „Schemmer light“ verfallen sollten. Sie im Original sind doch besser!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben vom Kahlschlag bei der Eigentumsförderung gesprochen. Das, was Sie Kahlschlag nennen, kommt erst noch, weil meine Akzentuierung hier noch gar nicht ablesbar ist. Meine Akzentuierung ist eine deutlich andere bei der Eigentumsförderung als die Ihre oder auch als die meines Amtsvorgängers.

Ich will das auch begründen. Ich finde es auch im Nachhinein noch unverantwortlich, wie im Grunde Gemeinschaftsvermögen verschleudert wurde, als in einem Jahr 600 Millionen € an Krediten für Eigentumsförderung ausgegeben wurden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war nachhaltig falsch. Warum? – Weil in niedrigen Zinsphasen, die es schon damals gab, natürlich auch die Vermögensfrage problematisch wird!

Herr Ellerbrock, Sie wissen doch wie ich, dass es auch im ländlichen Raum im Grunde eine Phobie gibt, nämlich bei vielen Handwerksmeistern, bei vielen kleinen Gewerbetreibenden, bei Landwirten. Die haben sich ihr Häuschen abgespart, haben es jetzt durchfinanziert und erleben aufgrund des demografischen Wandels, der Landflucht, dass auf einmal ihre vermeintliche Altersversorgung in der Sonne schmilzt – wie die Immobilienblase in den USA.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denen muss man doch ein Stück Sicherheit geben, aber nicht dadurch, dass man ihnen in der Nachbarschaft Reihenhaussiedlungen aufs Feld setzt, sondern dadurch, dass man Kerne im ländlichen Raum konzentriert und verhindert, dass unsinnigerweise noch mehr Eigentum an falschen Stellen gefördert wird. Das ist doch die plausible Perspektive.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir werden weiter fördern – in einer gemeinsamen Tradition; wenn das nur eine sozialdemokratische wäre, wäre es mir auch recht. Aber wir müssen neben dem Fördern auch fordern.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Das heißt übersetzt: das Ordnungsrecht einsetzen gegen die, die sich nicht an die sozialen Spielregeln unserer sozialen Marktwirtschaft halten.

(Beifall von der SPD)

Ich entschuldige mich, vielleicht an der Enquete-Kommission vorbei gehandelt zu haben. Ich will Sie ja gerne im Boot behalten, mich in das Boot der Enquetekommission setzen. Wir werden noch gemeinsam einiges auf den Weg bringen.

Aber alleine das neue, verschärfte politische Anspracheklima hat dazu geführt, dass sowohl die eine große Heuschrecke wie die andere große Heuschrecke gesagt haben: Lieber Minister, wir sind gar nicht so, wir würden herzlich gerne mit Ihnen reden und Sie vom Gegenteil überzeugen. – Da sage ich: Herzlich eingeladen! Ich rede mit jedem, auch mit Ihnen, wenn das der sozialen Wirklichkeit vielleicht einen Verbesserungssprung verschafft. Also: Auch mit denen gibt es einen Dialog; denn ich bin daran interessiert, dass die betroffenen Menschen in eine bessere Lage versetzt werden, und veranstalte hier keine ideologischen Schattenboxkämpfe.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Meine Redezeit ist zu Ende. Aber, Herr Ellerbrock – ein paar Anmerkungen habe ich zu Ihren kritischen oder sachdienlichen Hinweisen gemacht –, eines noch: Wir leben in Nordrhein-Westfalen bezogen auf den Wohnungsmarkt ein bisschen wie in Trizo-

nesien. Wir haben Boomregionen, wo unterschiedliches Engagement da ist. Es gibt Großstädte, die packen richtig an, weil sie innerlich vom sozialen Wohnungsbau überzeugt sind. Und es gibt Großstädte, da hat man eher das Gefühl: Wohlhabende schonen den Kämmerer, man kann als Kämmerer die Wohlhabenden melken, sozial Bedürftige dagegen melken den Kämmerer, die will man als Kämmerer nicht haben. Bei einer solchen Geisteshaltung gibt es eben Verwerfungen. Deshalb sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass in allen nordrhein-westfälischen Städten sozialer Wohnungsbau mental gewollt ist. Dann kommen wir nämlich ein ganzes Stück weiter.

Es gibt noch zwei weitere Bereiche.

Der eine ist der ländliche Raum. Wir müssen uns darüber austauschen, wo wir Knotenpunkte setzen und was das für die Wohnbauförderung und die Stadtentwicklungsförderung im ländlichen Raum heißt.

Der andere Bereich ist das Ruhrgebiet. Wir müssen überlegen, wie wir das Problem dort und anderswo in den Griff kriegen – außerhalb von Dortmund, einer wachsenden Metropole –, nämlich die Überhänge aufgrund des demografischen Wandels und aufgrund anderer strukturpolitischer Phänomene. Da muss dann eben differenziert werden: nicht nur Neubau für die bürgerliche Klientel, um eine bestimmte Struktur zu stabilisieren, sondern vor allen Dingen auch Rückbau, um Entwicklungen überhaupt erst möglich zu machen und keine sozialen Leerstände auf Halde zu schaffen.

Ich lade Sie herzlich ein: Machen Sie mit! Wir werden einen differenzierten Instrumentenkasten entwickeln.

Eines bleibt richtig: Die Politik des „Weiter so und mehr!“ ist ein für alle Mal vorbei. Es wird auf Sicht nur noch eine Politik des „Weniger und anders!“ geben, jedenfalls voraussichtlich so lange, solange ich hier Minister bleiben darf und Sie Abgeordneter in diesem Parlament.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Ich darf das Parlament darüber informieren, dass die Landesregierung die Redezeit um 2 Minuten 40 Sekunden überzogen hat.

(Christof Rasche [FDP]: Gegen jede Absprache!)

Mir liegen allerdings keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich die Beratung zu diesem Teilbereich schließen kann.

Wir kommen zum

Teilbereich Stadtentwicklung und Verkehr

Der erste Redner für diesen Bereich stammt aus der CDU-Fraktion. Herr Kollege Moritz hat das Wort.

Arne Moritz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung missachtet, wie auch schon in den vergangenen zwei Jahren, den nordrhein-westfälischen Landtag als Haushaltsgesetzgeber. Das hat der Verfassungsgerichtshof in seiner letzten Entscheidung zur verspäteten Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 eindrucksvoll bestätigt. Damit zeigt die Landesregierung ebenso eindrucksvoll ihr mangelndes Demokratieverständnis.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist ein Scherz, oder?)

Schließlich ist das Budgetrecht das Königsrecht des Parlamentes. Anders ausgedrückt: Die Verfassung geht davon aus, dass sich der Landtag eine Landesregierung zur Ausführung des politischen Programms leistet, und nicht umgekehrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Haushalt selber fällt schon beim ersten Blick auf den Entwurf auf, dass die Landesregierung einfach nicht mit Geld umgehen kann und somit ein typischer Klient für die Schuldnerberatung ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Es ist schon eine Minute vorbei! Wann geht es denn endlich los?)

Im Vergleich zum Ergebnis des Haushalts 2011 – das ist die einzige seriöse Vergleichszahl – steigt die Neuverschuldung um 1,6 Milliarden €. Das heißt, in Zeiten, in denen Länder mit solider Wirtschaft Jahresüberschüsse vermelden, geht es in NRW weiter, ja: verstärkt weiter in die falsche Richtung. Nordrhein-Westfalen macht mehr Schulden als weniger. Insofern war ich überrascht, gerade von Minister Groschek zu hören, dass es jetzt weniger Geld geben soll. Dem Haushaltsentwurf widerspricht das nun gänzlich. Aber lassen wir uns überraschen. Wenn wir dann noch sehen, dass die Steuereinnahmen des Jahres 2012 auf Rekordkurs sind, ist das umso eindrucksvoller.

(Jochen Ott [SPD]: Wieder ein Textbaustein! Das ist ja interessant!)

Zum Thema „Straßenbau“: Die im Herbst 2011 vorgestellte Streichliste für den Straßenbau in Nordrhein-Westfalen muss zurückgezogen oder zumindest auf den Prüfstand gestellt werden. Denn wenn der Bund, wie im Jahr 2011 geschehen, zusätzliche Mittel für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung stellt,

(Jochen Ott [SPD]: Soll das ein Witz sein? Glauben Sie das?)

dann müssen fertige Pläne in der Schublade liegen.

Nach der Einigung der Bundesregierung Anfang der Woche werden im Bundeshaushalt 2013 für den Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 750 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Landesregierung muss nun dafür sorgen, dass die zusätzlichen Mittel in angemessener Höhe nach Nordrhein-Westfalen fließen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie beklagen sich ständig darüber, dass Bundesminister Ramsauer vornehmlich Mittel nach Bayern zuweist. Das kann er aber nur deshalb machen, weil dort die Hausaufgaben gemacht werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist doch Propaganda! Wie albern ist das denn?)

Im Bereich ÖPP sollte die Landesregierung das Angebot der Bundesregierung annehmen, den rund 250 Millionen € teuren sechsspurigen Ausbau der A 1 zwischen Münster-Nord und Lotte/Osnabrück durch ein ÖPP-Modell zu finanzieren.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist nachhaltig? Weisen Sie mal nach, dass das wirtschaftlich ist!)

Im verkehrsreichsten Bundesland NRW sind vermehrte Anstrengungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur notwendig und keine ideologischen Scheuklappen. Ansonsten kommt es hier zum Verkehrsinfarkt.

Genauso dringend benötigen wir ein neues Luftverkehrskonzept für Nordrhein-Westfalen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Im Bund aber auch!)

Das alte Konzept ist bereits Ende 2010 ausgelaufen. Auch hier zeigt die Regierung keinerlei Initiative.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist die alte Rede von Schemmer!)

Die Untätigkeit der Regierung wurde uns in der letzten Ausschusssitzung, als wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben, noch einmal vor Augen geführt. Auch hier müssen Sie, Herr Minister Groschek, liefern.

(Beifall von der CDU – Daniela Schneckenburger [GRÜNE]: Oh weh, oh weh, oh weh!)

Im Bereich ÖPNV ist die im Beratungsverfahren befindliche Novelle in der Expertenanhörung auf einige Kritik gestoßen. Insbesondere die Absicht, eine Kürzung der pauschalierten Investitionsförderung um 30 Millionen € auf nur noch 120 Millionen € vorzunehmen, ist dort auf Kritik gestoßen. Dabei bestehen landesweit erhebliche Investitionsnotwendigkeiten, um Erneuerungsmaßnahmen bei Tram- und U-Bahn-Systemen zu finanzieren und damit die Substanz der heutigen Infrastruktur dauerhaft zu erhalten.

Im Ruhrgebiet mussten erste Tramabschnitte stillgelegt werden, weil die Städte und Stadtwerke die Unterhaltungs- und Sanierungskosten nicht mehr aufbringen können. Deshalb müsste viel mehr Wert darauf gelegt werden, die Mittel der pauschalierten Investitionsförderung vor dem Hintergrund des landesweit erheblichen Investitionsbedarfs zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur zu verwenden.

(Beifall von der CDU)

Wir als CDU wollen eine moderne und zukunftsfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Daher brauchen wir keine Lücken im System, sondern vollständige Verkehrsachsen als notwendige Voraussetzung für eine intakte Lebenswelt.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Rot-Grün hat einen beispiellosen Planungsstopp für Straßenvorhaben vorgelegt. Wir hingegen wollen bei allen Verkehrsträgern die Voraussetzung für den Ausbau vorantreiben. Nicht jede Wunschmaßnahme ist zu finanzieren, aber ohne fertiges Baurecht werden wir bei den Fernstraßenprojekten weiterhin deutlich benachteiligt und dauerhaft von der Entwicklung in Deutschland und in Europa abgeschnitten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Breuer.

Reiner Breuer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Moritz, zu Ihren Textbausteinen zum Verfassungsrecht brauche ich wohl nichts zu sagen; das ist heute Morgen schon gesagt worden. Ich möchte mit Ihnen lieber über die Grundbedürfnisse sprechen, zu denen ein bezahlbares Dach über dem Kopf gehört, aber auch mobil zu sein.

Wir tun in Nordrhein-Westfalen einiges, um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Güter sicherzustellen. Dabei setzen wir aber auch ganz klare Prioritäten im Rahmen der Finanzmittel, die uns zur Verfügung stehen. Für uns gilt der Grundsatz des Erhalts und der Optimierung der vorhandenen Infrastruktur vor dem Bau neuer Projekte. Wir werden auch hier keinen Stillstand und keinen Planungsstopp eintreten lassen. Wir konzentrieren uns auf die Maßnahmen, die wir angesichts der knappen finanziellen Mittel in einer realistischen zeitlichen Perspektive tatsächlich fertigstellen können.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Meine Damen und Herren, wir wollen keine pressewirksamen Spatenstiche machen, wenn schon

das Richtfest mangels Finanzmitteln nicht in Aussicht steht oder zu Lebzeiten nicht gefeiert werden kann. Das wollen wir nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stehen für eine Verkehrspolitik mit einem realistischen Blick auf das Machbare und für Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Daher bleiben die Investitionen in den Substanzerhalt von Landesstraßen unverändert der Schwerpunkt der Mittelbereitstellung im 12.000 km langen Landesstraßennetz. Über 80 Millionen €, also etwas mehr als im letzten Jahr, werden hierfür vom Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellt. Die Mittel für den Neubau und den Ausbau größerer Vorhaben im Landesstraßennetz sind daher folgerichtig zugunsten der Substanzerhaltung abgesenkt.

Auch auf Bundesebene zeichnet sich ab, dass zukünftig der Grundsatz vom Erhalt vor dem Neubau gelten soll. Wir dürfen daher sehr gespannt sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie die Beratung des neuen Bundesverkehrswegeplans, der 2015 in Kraft treten soll, auch hier im Hause verlaufen wird. Schaffen Sie es, meine Damen und Herren von CDU und FDP, so wie wir es schon im Jahr 2010 gemacht haben, klare Prioritäten bei Ihren Projekten zu setzen? Oder präsentieren Sie uns in gewohnter Manier den Strauß aller verkehrspolitischen Wünsche, die man sich von Aachen bis Bielefeld schon seit Jahrzehnten erträumt hat, die aber niemand bezahlen kann und auch wird?

(Jochen Ott [SPD]: Ja, klar!)

Meine Damen und Herren, Sie werden vielleicht sagen, dass der Bund durchaus noch Mittel zu vergeben hat. Ja, richtig. Die Frage ist nur, wohin die Mittel gehen und wie wenig effektiv sie tatsächlich eingesetzt werden. Wir wären alle gut beraten, fraktionsübergreifend darüber zu diskutieren und uns zu verständigen, wie wir an mehr Geld für die Finanzierung unserer Infrastrukturvorhaben in Nordrhein-Westfalen kommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Finanzierungssystem, das dauerhaft ist, nachhaltig und nicht abhängig von dem Erscheinungsbild einer Bundesregierung und irgendwelchen Wahlgewinnen, die jetzt wieder verteilt werden.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

– Außer einem Strohfeder kommt nichts dabei heraus, das wissen Sie ganz genau. In Nordrhein-Westfalen wird das Geld nicht ankommen.

Es geht dabei auch darum, den berechtigten Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bundesmitteln konkret einzufordern. Da sind auch Sie gefordert, im Bund aktiv zu werden, meine Damen und Herren. Werden Sie Ihrer Verantwortung endlich mal gerecht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das gilt genauso für den öffentlichen Personennahverkehr, für den wir die Mittelausstattung gegenüber dem Vorjahr um 28 Millionen € erhöhen. Dem gegenüber steht aber eine Kernfinanzierung von insgesamt 1,5 Milliarden €, die durch Bundesmittel aufgebracht wird, aber auf wackeligen Beinen steht. Das wissen Sie. Mit dem Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz und der in Kürze zur Verabschiedung stehenden Novelle des öffentlichen Personennahverkehrsgesetzes werden wir alles in unserem Einflussbereich Stehende tun, um Planungssicherheit für unsere Verkehrsunternehmen und -verbände herzustellen und die Finanzierung des ÖPNV nachhaltig zu sichern.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Breuer, würden Sie eine Zwischenfrage von dem Kollegen Rehbaum aus der CDU-Fraktion zulassen?

Reiner Breuer (SPD): Ich glaube nicht, dass er eine Frage an mich hat, die er sich nicht selbst beantworten kann oder schon beantwortet hat.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich fortfahren und darauf hinweisen, dass wir auch an unseren zukunftsfähigen Projekten wie dem RRX festhalten werden, für den endlich eine verbindliche Finanzierung durch den Bund gesichert werden muss.

Meine Damen und Herren, wir haben weiterhin viel zu tun. Der Haushalt für das Jahr 2012 schafft klare Voraussetzungen. Wir haben dem keine Änderungsanträge entgegenzusetzen und werben um Unterstützung für diesen Haushaltsplan. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Herrn Rasche das Wort.

(Arndt Klocke [GRÜNE] möchte sich zum Rednerpult begeben. – Zurufe)

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Arndt, das wäre interessant gewesen: du für uns, ich für euch! Daraus hätte man etwas machen können. Vielleicht kommt das irgendwann einmal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2012 ist gelaufen. Interessant wird erst die Beratung des Haushaltes 2013 in unserem Bereich. Erlauben Sie mir deshalb nur eine Bemerkung: Unter Rot-Grün sind in den vergangenen zwei Jahren die Mittel für den Landesstraßenbau erheblich reduziert worden,

die Mittel für den Radwegebau haben sich mehr als verdoppelt.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Genau, Herr Klocke, ganz neutrale Beobachter vermuten eine grüne Handschrift. Somit stimmt es nicht ganz, lieber Herr Minister, dass überall gekürzt wird. Denn dort haben Sie die Mittel eben einmal verdoppelt.

Kommen wir zur aktuellen Verkehrssituation: Der ADAC meldet, dass NRW Spitzenreiter bei Staus ist. WDR 2 meldete am vergangenen Mittwoch um 17:30 Uhr Staus ab einer Länge von 10 km. Das war schon bemerkenswert.

Mittelstand, Industrie und Gewerkschaften warnen vor einem Verkehrsinfarkt in Nordrhein-Westfalen und fordern Investitionen in den Erhalt und Neubau. Verkehrsprognosen sagen im Güterverkehr auf den Hauptachsen und damit auch auf den Engpässen einen Zuwachs um bis zu 100 % voraus.

War der vergangene Mittwoch mit Rekordstaus in Nordrhein-Westfalen die Normalität der Zukunft? Oder wird es uns gemeinsam gelingen, etwas für Nordrhein-Westfalen zu tun und anzupacken, damit wir endlich einmal unsere große Problematik bewältigen?

(Beifall von der FDP)

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir von der Verkehrssituation zur Verkehrspolitik: Wirtschaftsminister Duin formulierte heute etwas, was ich gut fand und wir hier gut einführen können, als er sagte: Das Konzept lautet „Wer? Was? Wann?“ und ist gleich Masterplan. Schauen wir uns doch einmal drei Verkehrsträger an und versuchen zu erfassen, ob es in diesem Hohen Haus oder in der Landesregierung Konzepte gibt.

Zum Luftverkehrskonzept, meine Damen und Herren! In der Opposition massiv von SPD und Grünen gefordert, in der Regierung nichts geliefert. Wieder die Handschrift von den Grünen? Jetzt auf ein Bundeskonzept zu warten, heißt doch mit anderen Worten: Es fehlt ein eigenes Konzept!

(Jochen Ott [SPD]: Sie wissen doch, dass das verabredet ist!)

– Herr Kollege Ott, beim Klimaschutzkonzept haben die Grünen auch nicht auf den Bund gewartet, sondern sind in Nordrhein-Westfalen vorangeprescht. Warum können sie das in anderen Bereich nicht auch?

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Weil das in jedem Fall Quatsch ist!)

Schauen wir nach dem Luftverkehr auf den Schienenbereich. Die gestrige Debatte zeigte sehr eindrucksvoll: Seit Jahrzehnten ist in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen viel zu wenig passiert. Nordrhein-Westfalen feiert Ideen, neue Namen, Pla-

nungseröffnungen. In anderen Bundesländern werden Streckenfreigaben gefeiert. Das sollten wir in Nordrhein-Westfalen auch anstreben.

Wir brauchen dringend einen professionellen Umgang mit der Deutschen Bahn AG, wir brauchen in diesem Haus und in der Regierung, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einen breiten Schulterchluss für Großinvestitionen. Meine Damen und Herren, wir brauchen genau das Konzept, das heute angesprochen worden ist: Wer? Was? Wann? – Dieses Konzept sehe ich noch nicht. Daran müssen wir dringend arbeiten.

Kommen wir vom Luftverkehr über die Schiene zur Straße! Liebe Kolleginnen und Kollegen, 157 Straßenbauprojekte von Bund und Land wurden von dieser Koalition mit der Begründung herabgestuft, es sei zu wenig Geld da. Im ganzen Land wird nun die Frage gestellt: Warum wird die eine Straße herabgestuft und die andere Straße weiter geplant? – Wir haben im Plenum und in den Ausschüssen bereits mehrfach nach der Begründung für einzelne Projekte gefragt. Es gibt einfach keine Begründung. Die verweigern Sie uns.

Natürlich kommt dabei in der Bevölkerung der Verdacht auf, es werde willkürlich gehandelt. Ich würde mich freuen, wenn Sie in Zukunft diesen Verdacht entschärfen würden. Wenn wir diesen Status behalten, ist das aus Ihrer Sicht eigentlich eine Katastrophe. War das erneut die Handschrift der Grünen, meine Damen und Herren?

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]:
Schöner Versuch!)

– Herr Ott, was regen Sie sich so auf? Kommen Sie gerade aus einer Koalitionsrunde? Oder woher kommen Sie?

(Lachen von der SPD – Jochen Ott [SPD]:
Dann wäre ich die Ruhe selbst!)

Der Begriff „Spatenstich“ wurde vorhin von Herrn Breuer benutzt. Unter dem Aspekt, dass 157 Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen beerdigt worden sind, bekommt der eine ganz andere Bedeutung in der Verkehrspolitik in unserem Land.

Meine Damen und Herren, in der Verkehrspolitik gibt es noch eine Menge Luft nach oben. Verkehrsminister Groschek ist gerade erst im Amt. Wir warten gespannt auf seine Konzepte und die Verkehrspolitik der nächsten Jahre. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Jetzt kommt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Klocke. Das ist Ihr Auftritt, Sie haben das Wort.

(Jochen Ott [SPD]: Gut, dass du nicht getauscht hast mit Rasche! – Arndt Klocke

[GRÜNE]: Ich hätte auf jeden Fall etwas anderes erzählt!)

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um direkt einmal auf Herrn Moritz einzugehen: Sie werden es nicht glauben, aber wir als regierungstragende Fraktion freuen uns über den Beschluss der Bundesregierung, mehr Geld für die Straßeninfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Wir Grünen hätten uns zunächst einmal gewünscht, wenn 750 Millionen € zur Verfügung gestellt worden wären, dass die nicht vollständig für den Straßenbau eingesetzt werden, sondern man hätte auch noch etwas für die Schiene und andere Verkehrsträger nutzen können. Aber wenn diese Mittel in die Straße gehen, braucht gar nicht der Verkehrsminister in Berlin anzuklopfen und zu sagen, wir brauchen in NRW etwas, sondern es gibt den Königsteiner Schlüssel, und eigentlich müssten 20 % dieser Gelder nach Nordrhein-Westfalen gehen.

(Reiner Breuer [SPD]: Was immer noch zu wenig ist!)

Ich kenne die Priorisierungsliste und habe den Prozess mitgemacht: Wir haben weit über zehn Jahre genug priorisierte, also mit höchster Planungsstufe durchgeplante Projekte, die man sofort angehen könnte. Diese Mittel in Nordrhein-Westfalen sind dringend notwendig. Wenn uns die Bundesregierung das Geld zur Verfügung stellt, werden der Verkehrsminister und Straßen.NRW rasch Projekte haben, die zügig umgesetzt werden können.

Von daher: Gut dass diese Mittel kommen. Es sind noch zu wenige Mittel. Das gilt vor allen Dingen für den Bereich der Schieneninfrastruktur. Sie wissen wahrscheinlich auch, dass bei den Mitteln für den Schieneninfrastrukturausbau nur 2 % der Gelder nach Nordrhein-Westfalen gehen, obwohl Nordrhein-Westfalen das größte Bundesland ist und hier 20 % der Menschen leben, wir eine große Fläche haben. Trotzdem gehen nur 2 % der Gelder nach Nordrhein-Westfalen. Da wäre Ihre Unterstützung in der Bundesregierung angebracht, dass nicht nur Geld für den Straßenbau, sondern auch für den Ausbau von Schieneninfrastruktur nach Nordrhein-Westfalen fließt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie uns da noch Kunde geben und positive Signale mitbringen könnten – es ist ja noch ein Jahr, bis Sie in Berlin abgelöst werden –, wären wir sehr froh, wenn sich bis dahin noch etwas bewegen würde.

(Beifall von Wibke Brems [GRÜNE])

Der vorgelegte Haushalt steht ganz klar für eine moderne ökologische Mobilitätspolitik. Wir geben in diesem Jahr 1,5 Milliarden € für ÖPNV und SPNV aus – das hat auch Kollege Breuer eben gesagt –, das sind knapp 30 Millionen € mehr als im Haushalt

2011. Nordrhein-Westfalen hat mittlerweile im Bundesländerindex, der jedes Jahr von der Allianz pro Schiene herausgegeben wird, Platz 1.

Und wir haben es insbesondere geschafft – da hat Kollege Christof Rasche recht –, in diesem Haushalt einen neuen Akzent zu setzen. Wir fördern aktiv nichtautomobile Mobilität, indem wir den Radwegebau hochgesetzt und den Aktionsplan Nahmobilität vorgestellt haben. Es gibt viele Menschen, die verstärkt aufs Fahrrad setzen, um eine reale Alternative in der Alltagsmobilität zu haben, wie sie zum Arbeitsplatz kommen, wie sie zum Einkauf kommen.

Wir waren doch, lieber Christof Rasche, beide zusammen bei dem Parlamentarischen Abend der Verkehrswacht, wo uns die ZEG, die Zentrale Einkaufsgenossenschaft der Fahrradhändler, die Zahlen vorgestellt hat. 1 Million Elektroautos haben wir noch lange nicht auf unseren Straßen. Trotz der vielen Fördergelder der Bundesregierung sind wir bei knapp 3.000. Aber wir haben Ende des Jahres 1 Million E-Bikes auf deutschen Straßen – ohne Fördergelder. Das ist eine Abstimmung, die die Leute beim Einkauf treffen, weil sie in ihrer alltäglichen Mobilität eine Alternative haben wollen.

Ich wundere mich immer: Die CDU setzt immer auf Straße, Straße, Autos, Autos. Wir brauchen auch vernünftig ausgebaute Straßen. Wir werden auch in den nächsten Jahrzehnten weiterhin immer Autos, LKWs etc. als wichtige Verkehrsträger haben. Aber die moderne Mobilität sieht anders aus. Die jungen Leute sind doch ganz anders unterwegs. Die haben ihr iPhone und gucken, wenn sie zu einer Party oder einer Veranstaltung wollen, auf die verschiedenen Apps: Fahre ich da mit der Bahn hin? Leihe ich mir ein Auto? Wo gibt es Carsharing? Wo gibt es ein DB-Bike? Das, was die Leute heutzutage nutzen, ist Mobilität 2.0.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dazu kommt von Ihrer Seite leider gar nichts.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Klocke, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rehbaum, CDU-Fraktion, zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das. Herr Rehbaum, Sie haben das Wort.

Henning Rehbaum (CDU): Herr Kollege Klocke, wenn Ihnen die alternativen Mobilitätsformen so am Herzen liegen: der Schienenverkehr, der ÖPNV, der SPNV, warum wird dann die Investitionspauschale für Stadtbahnssysteme gekürzt, obwohl Sie genau wissen, dass dort bis 2016 ein Instandhaltungsrückstau von 1,4 Milliarden € herrscht?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, das ist mir bekannt. Dafür geben wir mehr im Bereich der Schieneninfrastruktur aus. Das ist eine Umschichtung. Im ÖPNV-Gesetz sind die Mittel umgeschichtet worden. Diese 30 Millionen € haben wir in einen anderen Bereich gesteckt; das wissen Sie auch.

(Zuruf von Arne Moritz [CDU])

– Das habe ich doch eben gesagt, wir geben das im Bereich der Schieneninfrastruktur, der Schieneninvestitionsmittel aus. Natürlich, das wissen Sie auch. Das ist eine Umschichtung im ÖPNV-Gesetz. Ich weiß, das ist in der Anhörung kritisiert worden, und wir diskutieren das auch entsprechend. Aber wir haben doch in diesem Bereich keine Kürzung, sondern eine ganz klare Umschichtung von Mitteln in einen anderen Bereich.

Die dringende Aufgabe, die vor uns steht – das ist Ihnen doch genauso bekannt wie mir –, ist, dass wir insgesamt mehr Geld im Bereich der Verkehrsinfrastruktur brauchen. Deswegen bin ich sehr gespannt, was bei der Daehre-Kommission herauskommt. Die Ergebnisse werden in den nächsten Wochen vorgestellt, und dann werden wir sie intensiv zu diskutieren haben. Wie geht man mit den Vorschlägen, zum Beispiel der Ausweitung der LKW-Maut, um? Wie geht man mit Vorschlägen nach einer City-Maut um? Wie geht man damit um, dass auch eine PKW-Maut im Gespräch ist?

(Christof Rasche [FDP]: Bürgermaut!)

– Ja, lieber Christof Rasche, die Frage stellt sich doch ganz konkret: Wie bekommen wir mehr Geld ins System. Auch die Bundesregierung sagt: In diesem Bereich fehlt uns im Jahr 1 Milliarde €. Es muss die Frage gestellt werden: Welche Mechanismen, welche Konzepte liegen vor? Da wird uns die Daehre-Kommission hoffentlich entsprechende Antworten geben. Ich bin gespannt, wie hier die Reaktionen von CDU und FDP auf die Vorschläge, die die eigene Regierung in Berlin macht, sind, ob sie mitgetragen werden oder ob dagegegenghalten wird, wie das heute anklang.

Dieser Haushalt zeigt, dass wir Mobilität vielfältig denken, dass wir in die klassischen Verkehrsträger investieren, dass wir aber auch moderne Angebote fördern und ausbauen wollen. Für uns ist gelungene Mobilität auch wichtig für die Arbeitsplätze und für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen aber auch Alternativen anbieten. Wir wollen die Straßen entlasten. Wir wollen, dass die Leute hier im Land reale Umstiegsmöglichkeiten haben.

Deshalb ist für uns der Verkehrsmix die Perspektive für die Zukunft und nicht ein reines Setzen auf den alten Verkehrsträger Straße und Auto. Das wird in

diesem Haushalt berücksichtigt. Es sind Gelder umgeschichtet worden. Deswegen unterstützen wir diesen Haushalt, haben keine Änderungsanträge und bitten Sie um Zustimmung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion hat Kollege Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Teilhabe wird zukünftig eine höhere Priorität haben als Eigentum. Sie erinnern sich. Das betrifft auch die Verkehrspolitik. Das Recht auf Mobilität ist kein käufliches Privileg. Führerschein ab 18, das eigene Auto, später das Traumauto, das hatte noch vor wenigen Jahren eine hohe Bedeutung.

Heute gibt es wichtigere Statussymbole. Was zählt, ist Flexibilität und Mobilität. In vielen Städten NRW wird das Auto überflüssig, und aus Platz- und Kostengründen verzichten vor allem junge Menschen gänzlich darauf. Sogar die Autoindustrie hat dies erkannt und realisiert inzwischen neue Carsharing-Modelle. Die Generation unter 30 und die über 60 sind da Vorreiter, auch wenn es Verkehrsplaner im Alter von 30 bis 60 hin und wieder vergessen. Denn auch altengerechte Siedlungen müssen Alternativen zum Auto bieten.

Hinzu kommt eine große Anzahl von Menschen, die sich ein eigenes Auto gar nicht leisten können oder wollen. Apropos nicht leisten können: Wir haben eben schon gehört, der Bestand des Verkehrsnetzes ist gefährdet, zu lange galt Neubau vor Instandhaltung. Zu viele Brücken und Tunnel in NRW sind sanierungsbedürftig und müssen jetzt instandgesetzt werden.

Die Haushaltsmittel reichen weder für Straße noch Schiene aus, um den Bestand langfristig zu sichern. Wir können uns aus rein ökonomischen Gründen ein „Weiter so!“ nicht mehr leisten. Dazu kommt, dass auch indirekte Kosten in der Priorisierung bei der Verkehrsplanung einfließen müssen. Es müssen nicht nur Kosten für Klimaschutz und Umweltschäden sowie die sozialen Kosten berücksichtigt werden, eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik baut Ausgaben an anderen Stellen vor. Und langfristig muss man auch die individuellen Aufwendungen für Mobilität, also das eigene Auto, gesamtgesellschaftlich als Opportunitätskosten einbeziehen.

Weniger Verkehrsflächen, weniger Lärm, mehr Raum für Stadtleben – all dies muss in eine Gesamtrechnung einfließen. Oft heißt es, man müsse „alle Verkehrsträger ausbauen“ und „die ideologische Brille abnehmen“. Dabei wird gerne vergessen,

dass über Jahrzehnte fast ausschließlich in den Straßenbau investiert wurde. Das ideologische Ungleichgewicht besteht also, es verschlimmert sich. „Alles ausbauen“ bedeutet, die Fehler der Vergangenheit fortzuführen, so wie Sie es meinen.

In den letzten Jahrzehnten wurden immer mehr Neubauprojekte angekündigt und geplant. Diese Projekte liegen nun auf Eis, und das ist gut so. Jahrzehntealte Straßenpläne, die erst in kommenden Jahrzehnten realisiert werden, braucht niemand mehr. Diese lange Liste an Straßenbauprojekten kann auch niemand abarbeiten. Dies den Bürgern zu sagen, wäre ehrlich.

Die Probleme des Verkehrssystems in NRW sind groß. Wir brauchen neue Lösungen. Wir müssen den ohnehin bevorstehenden Verkehrswandel als Chance auffassen, eine Verkehrswende zu gestalten. Im Ansatz hat Rot-Grün die Idee verstanden. Zaghafte hat Verkehrsminister Groschek in seiner kleinen Regierungserklärung in die richtige Richtung gewiesen. Allerdings bleibt der Ansatz konservativ und mutlos.

Die Landesregierung begnügt sich damit, Verantwortung an den Bund abzugeben – auch hier –, anstatt selber tätig zu werden. Hier müssen wir die Regierung motivieren.

Ja, ein Großteil des Geldes, das zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in NRW notwendig ist, kommt vom Bund, und NRW wird dort weit unterdurchschnittlich berücksichtigt. Wir sind uns einig, dass der Verkehrshaushalt viel zu klein ist. Jedoch will die Landesregierung mit dem Verkehrshaushalt auch zur Haushaltssanierung beitragen. Bei den Piraten steht jedoch die konstruktiv gestaltete Verkehrswende ganz oben auf der Agenda.

(Christof Rasche [FDP]: Konstruktiv ist schön!)

Dass grundsätzlich genug Geld vorhanden ist, zeigen nicht nur Prestigeobjekte oder die 1,6 Milliarden €, die für den Ankauf von EADS-Anteilen freigegeben wurden. Nicht vergessen: Die 5 Milliarden € für die Abwrackprämie 2009 haben nichts bewirkt. Sie werden weder bei Verkehrsproblemen helfen, noch haben sie Autobauern geholfen.

Wenn Sie jetzt sagen, das hat aber nichts mit diesem Haushalt hier zu tun, weil es da um wichtigere Dinge ging, kann ich nur entgegnen: Ist das denn wichtiger als eine funktionierende Infrastruktur? Sicher nicht. Wenn dem Bund 5 Milliarden als Geschenk für die Automobilindustrie möglich sind, dann muss weit weniger Geld für die Begleitung der Verkehrswende ebenfalls möglich sein. Hoffentlich wenigstens diese 750 Millionen € als Mobilitätsbetreuungsgeld! Ich habe da noch etwas mehr Hoffnung als Herr Klocke.

Die Landesregierung schiebt jedoch auch hier alle Verantwortung von sich. Im Haushalt wird für den Posten „Förderung der Eisenbahn, des öffentlichen

Nahverkehrs“ beinahe ausschließlich Geld des Bundes weitergeleitet. Allein für den Ausbildungsverkehr und für das Sozialticket fließen Landesgelder. Das Sozialticket ist jedoch ein erschreckendes Beispiel für die Mutlosigkeit der Regierung. Es ist doppelt so teuer wie der in den SGB-II-Regelsätzen verankerte Betrag für Mobilität und verfehlt das Ziel „Mobilität für alle“.

Auch Minister Groschek hat befunden, das Grundrecht auf Mobilität für alle wurde damit noch nicht umgesetzt, verwies aber auf die zu geringen Regelsätze.

Wir fordern, die Investitionsförderung für den ÖPNV mit Landesmitteln aufzustocken. Hier sind Kürzungen von mindestens 17 Millionen € im Vergleich zu 2010 vorgesehen. Das Geld wird dringend für die Infrastruktur benötigt. Weiterhin schlagen wir vor, das Budget für ÖPNV-Gutachten zu erhöhen, ...

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Ja, ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Daniel Düngel: Okay.

Oliver Bayer (PIRATEN): ... damit die angekündigten Maßnahmen die beabsichtigte Wirkung zeigen. Damit kommen wir der Realisierung des Grundrechts auf Mobilität näher. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat eine ausgesprochene Pechsträhne, was den Briefverkehr ihrer Bundesregierung angeht.

(Lachen von der SPD)

Ich zitiere aus einem Schreiben des CDU-Staatssekretärs Ferlemann bei Herrn Minister Ramsauer:

Betreff: A 46 Finanzplanung bis 2016. Originalton Bundesregierung: Durch die künftig vorrangigen Erhaltungsinvestitionen aufgrund der Verschlechterung des Erhaltungszustandes im Bundesfernstraßennetz vermindern sich im Finanzplanzeitraum bis 2016 vorwiegend die Finanzierungsmöglichkeiten bei den Bedarfsmaßnahmen. Weiterhin muss zunächst die Weiterführung der Vielzahl in Nordrhein-Westfalen im Bau befindlichen Vorhaben sicherge-

stellt werden, sodass derzeit keine Neubeginne möglich sind. – Ende des Zitats Bundesregierung.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Weitere Zurufe von der SPD)

Datum: 15.10.2012.

(Jochen Ott [SPD]: Das gibt es ja nicht! Wie kommt das denn?)

Ich denke, wir sollten uns gemeinsam ehrlich machen und sagen: Das neue verkehrspolitische Grundgesetz in Deutschland ist für alle Parteien: Erhalt hat absoluten Vorrang vor Neubau. Und in Wirklichkeit läuft der Weg Erhalt statt Neubau.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit.

Jetzt kann Kollege Bayer sagen, wir bräuchten viel, viel mehr. Da bin ich sofort bei ihm. Aber wir haben einen großen gesellschaftlichen Konsens in Deutschland und in diesem Land, dass es drei Prioritäten gibt: Kinder, Bildung und Kommunen. Diese drei Prioritäten finde ich völlig sachgerecht und richtig. Man muss prüfen, wie man nach dieser Prioritätensetzung angemessen präventive Politik durch Infrastrukturerhalt und prägenden Ergänzungsbau schafft. Das ist für mich eine sinnvolle, durchsetzbare Reihenfolge. Ich spiele nicht Don Quijote und eifere irgendwelchen Windmühlen hinterher. Das können Sie von mir nicht bei der Haushaltsplanung für die nächsten Jahre verlangen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was die Frage der grünen Politik angeht: Da kann ich fast mit Ulla Schmidt und Seehofer antworten. Sie hat ja einmal sinngemäß – jetzt übertragen – gesagt: Es war eine wunderbare Nacht, und danach haben wir Johannes und Mike zueinander gesagt.

(Heiterkeit von der SPD)

Das waren die Koalitionsverhandlungen beim letzten Mal.

Jetzt im Ernst: Ich finde, der Kollege Bayer hat schon recht. Der Zündschlüssel der Zukunft ist das Smartphone. Das kann man an einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen. In unserer Altersklasse – 30, 35 Jahre zurück – haben wir gefiebert, wenn der neue Golf GTI vorgestellt wurde. Heute fiebern wir immer noch bei Golf VII, aber die jungen Leute nicht mehr. Das ist das Problem. Die fiebern nämlich dann, wenn beispielsweise im CentrO App-Store das neue iPhone vorgestellt wird.

Das ist das Stichwort: Teilhabe statt Besitzen. Die künftige Generation will gar nicht so sehr ein Verkehrsmittel besitzen, sondern will Mobilität beanspruchen können, und das sicher zu sozialverträglichen Preisen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Deshalb müssen wir neue Infrastrukturprioritäten setzen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Von daher macht es natürlich auch Sinn, Nahmobilität so zu organisieren, dass die Schwächsten die Stärksten werden. Deshalb müssen wir bei der Quartiersentwicklung natürlich dafür sorgen, dass soziale Stadt auch ökologische Stadt heißt. In einer solchen Stadt, die zur Heimat wird, wo ich mich zu Hause fühlen kann vor der Haustüre, da muss ich sicher sein, dass ich nicht von verrückten Rasern über den Haufen gefahren werde. Da muss ich mit dem Rollator und dem Kinderwagen, mit dem Kinderroller und mit dem E-Bike auch sicher fahren können. Deshalb ist das Prinzip Gleichberechtigung da ganz wichtig. Das sage ich auch voller sozialdemokratischer Überzeugung.

Weil ich nur noch eine Minute Redezeit habe, möchte ich einen Bereich herausgreifen: Daehre-Kommission. Da haben sich zwei vorwitzig festgelegt. Der Ramsauer hat gesagt, wir brauchen das Pickerl-Auto. Die Pkw-Maut muss kommen. Der Hermann in Baden-Württemberg hat gesagt, die City-Maut muss kommen. Das Ende vom Lied war: Wir hatten kommunikativ ein Desaster und konnten rational-nüchtern nicht mehr über die Finanzierungsperspektiven reden.

Deshalb sage ich: Nordrhein-Westfalen wird dafür sorgen, dass wir zunächst einmal einen Investitionsfonds konstruieren, der zugriffssicher ist, weil die Menschen dann keine Maut-Perspektiven welcher Art auch immer akzeptieren würden, wenn die Gefahr bestünde, der Bundesfinanzminister hätte den Zugriff zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Abgemolken wurden die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer oft genug. Jetzt geht es darum, Solidarbeiträge wirklich auch solidarisch einzusetzen für die Finanzierung des Verkehrs, nicht der Straße alleine, sondern der Straßen in all ihrer Vielfalt, vom Radweg über den Schienenweg bis zum Binnenschiffahrtsweg.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Da müssen wir mutig sein, wenn die Stunde der Wahrheit kommt, möglicherweise vor der Bundestagswahl. Ich fürchte aber, erst nach der Bundestagswahl, weil wir ja die Spielregeln einer opportunistischen Wahlkampfführung aller Parteien kennen. Ich hoffe, wir sind stark genug, Rücken zu zeigen, wenn der Schwur kommt, zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen über Nutzungsentgelte auch zu vereinnahmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich auch diese Beratung zum Teilbereich Stadtentwicklung und Verkehr des Einzelplans 09 schließen.

Wir sind damit am Ende der Beratungen und können in den Abstimmungsmarathon eintreten.

Jetzt stimmen wir erst einmal über den Einzelplan 09 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1209**, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die FDP, die CDU und die Piraten. Wer Enthält sich? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** und der **Einzelplan 09 verabschiedet**.

Jetzt kommen wir zur nachholenden Abstimmung, und zwar über den Einzelplan 20, der bereits gestern diskutiert wurde. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1220**, den Einzelplan 20 unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 20 verabschiedet**.

Damit sind wir am Ende der Beratung und der Abstimmung über alle Einzelpläne.

Wir kommen jetzt erstens zur Schlussabstimmung über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012, kurz: Gemeindefinanzierungsgesetz 2012. Ich weise noch einmal auf die **Beschlussempfehlung** und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 16/1217** hin. Die Beratung zum GFG haben wir bereits gestern geführt. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns in der vorgeannten Drucksache, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Das sind die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die Beschlussempfehlung **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zweitens zur Abstimmung über das Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur

Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen, Stärkungspaktfondsgesetz. Das ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/176. Ich verweise auf die **Beschlussempfehlung** und den Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik **Drucksache 16/1238**. Die Beratung zum Stärkungspaktfondsgesetz haben wir ebenfalls gestern bereits geführt.

Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich Sie darüber informieren, dass die Fraktion der Piraten mit Schreiben vom 7. November nach § 73 der Geschäftsordnung unseres Hauses zum **Stärkungspaktfondsgesetz** eine **dritte Lesung** schriftlich bei der Präsidentin **beantragt** hat. Die dritte Lesung soll dann zusammen mit der dritten Lesung des GFG Ende November erfolgen.

Jetzt kommen wir aber zur Abstimmung in zweiter Lesung. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1238**, den Gesetzentwurf – wir reden über das Stärkungspaktfondsgesetz – unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die CDU und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist in zweiter Lesung mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/176** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Den Hinweis auf die dritte Lesung habe ich bereits gegeben. Beantragt war alles ordnungsgemäß. Damit wird die dritte Lesung stattfinden. Gemeinsam mit dem GFG soll das Gesetz verabschiedet werden.

Als Drittes stimmen wir ab über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 – kurz: Haushaltsgesetz – Drucksache 16/300. Auch hier weise ich noch einmal auf die **Beschlussempfehlung** und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 16/1200** hin. Die Beratung haben wir ebenfalls bereits gestern geführt. In der Beschlussempfehlung empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer also dem Haushaltsgesetz in der Fassung der Ausschussberatung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/300** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Wir sind immer noch nicht am Ende. Wir stimmen jetzt nämlich viertens über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2012** und des **Gemeinde-**

finanzierungsgesetzes 2012 an den **Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung** ab. Wer möchte der Rücküberweisung widersprechen? – Niemand. Möchte sich jemand enthalten? – Auch nicht. Dann ist die Rücküberweisung jetzt einstimmig erfolgt.

Ich danke Ihnen und weise abschließend noch einmal darauf hin, dass die dritte Lesung der Haushaltsvorlagen für die Plenarsitzungen am 28., 29. und 30. November vorgesehen ist. Wie genau terminiert wird, wird der Ältestenrat zu einem späteren Zeitpunkt verabreden.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende des Punktes 1 der heutigen Tagesordnung und haben die Mammuthaushaltsplanberatungen in zweiter Lesung auch wirklich beendet.

Ich rufe um 20:08 Uhr auf:

2 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1264

erste Lesung

In Verbindung mit:

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – SüwAbw

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1265

Und:

Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1270 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Meesters das Wort.

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns allen liegt bereits eine lang andauernde Diskussion über den sogenannten Kanal-TÜV, die Funktionsprüfung der privaten Abwasserkanäle hier in Nordrhein-Westfalen. Dabei haben wir vieles erlebt, was, vornehm ausgedrückt, an Legendenbildung heranreicht. Vielleicht sollte man da aber lieber von Grimms Märchen reden, und der größte Märchen-